

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig November 2011 Nr. 148

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

6'000'000'000

Sechs Milliarden Franken
Six Milliards de Francs

Für neue Kampfflugzeuge
Pour de nouveaux avions de Combat

**KEINE
neuen
KAMPF-
JETS!**

www.gsoa.ch

Letzte Chance,
die Wehrpflichtinitiative
zu unterschreiben –
Jetzt ausdrucken, ausfüllen
und noch diese Woche
einschicken!
www.gsoa.ch/bogen

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Schweiz stehen militärpolitisch bewegte Zeiten bevor. Die GSoA wird noch vor Weihnachten die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht einreichen. Wir ermöglichen damit eine öffentliche Diskussion, welche die bürgerlichen ArmeepolitikerInnen bisher gemieden haben wie der Teufel das Weihwasser. Denn es gibt keinen rationalen Grund, weshalb die Schweiz eine Armee haben sollte, die um ein Vielfaches grösser ist als die Streitkräfte vergleichbarer Staaten.

Das neu gewählte Parlament wird sich gleich zu Beginn der Legislatur mit gewichtigen sicherheits- und friedenspolitischen Fragen auseinandersetzen müssen. Die Kampfjet-Diskussion wird ein dominierendes Thema bleiben (siehe Seiten 2,4 und 5 dieser Zeitung). Auch das neue Gesetz über Privatarmeen (siehe Seite 7) wird noch zu reden geben. Und schliesslich ist zu hoffen, dass der Nationalrat den absurden Entscheid der Sicherheitspolitischen Kommission umstösst und doch noch der Streubombenkonvention beiträgt (siehe Seite 6).

Schmerzhaft für die GSoA ist die äusserst knappe Abwahl von Jo Lang aus dem Nationalrat. Seine Partei erzielte mit 15 Prozent im Kanton Zug zwar bedeutend mehr Stimmen als bei der Wahl vor acht Jahren. Die erstmalige Listenverbindung von CVP und FDP und der dramatische Absturz der SP auf 5,3 Prozent gaben aber den negativen Ausschlag. Eine Reihe vehementer Befürworter neuer Kampfjets wurden jedoch ebenfalls aus dem Nationalrat geworfen, darunter Pius Segmüller, Ulrich Schlüer und Christian Miesch (siehe Seite 5). Auch diverse weniger exponierte, aber nicht minder einflussreiche VertreterInnen der Rüstungsindustrie werden im neuen Parlament nicht mehr dabei sein. Die Neuenburger Nationalrätin Sylvie Perrinjaquet beispielsweise, gemeinsam mit CVP-Ständerat Bruno Frick Co-Präsidentin der Farner-Frontorganisation «Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik», wurde abgewählt. Philipp Stähelin, Arthur Löpfe und Edi Engelberger, allesamt eng mit der Rüstungsindustrie verbandelte CVP-Politiker, traten nicht mehr zur Wahl an.

Die GSoA wird weiterhin dafür sorgen, dass die MilitärpolitikerInnen nicht im stillen Kämmerlein auf Kosten der Allgemeinheit Rüstungsdeals aushandeln können. Unser antimilitaristisches Engagement ist nötiger denn je.

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

Neue Gesichter in Zürich und Bern

(cb) In den vergangenen Monaten gab es einige Wechsel in der Zusammensetzung des Sekretariats-Teams. Im Sommer ist Franziska Bender zum Sekretariat Zürich gestossen. Sie ist seit der Kriegsmaterialexportverbot-Initiative im Herbst 2009 aktives Mitglied der GSoA und hat immer wieder dafür gesorgt, dass die GSoA auch im Kanton Graubünden präsent ist.

Der herbstliche Wind brachte uns gleich zwei neue Gesichter in das GSoA Sekretariat: Nikolai Prawdzic in Zürich und Seraina Patzen in Bern. Nikolai ist aktives Mitglied der Juso und Seraina ist bei der JA! (Junge Alternative Bern) tätig.

Kaum eine politische Organisation in der Schweiz kann sich rühmen, über ein so junges Team wie die GSoA zu verfügen: Von den sechs SekretärInnen, die sich die 160 Stellenprozente in den Sekretariaten in Zürich und Bern teilen, wird im kommenden Jahr niemand älter als 26 Jahre alt sein.

Alle Interessierten sind jederzeit an die Regionalgruppensitzungen der GSoA eingeladen (die Kontaktinformationen findet ihr auf der letzten Seite dieser Zeitung), um uns SekretärInnen, aber auch die anderen AktivistInnen kennenzulernen.

Nikolai und Franziska



Seraina



AUFRÜSTUNG STOPPEN

Kampfjets vors Volk!

Die GSoA hat versprochen, dass die Kampfjets vors Volk kommen. Und sie wird ihr Wort halten! Von Josef Lang

Die Weigerung des Bundesparlaments, den Kauf von 22 neuen Kampfjets dem fakultativen Referendum zu unterstellen, hat in der Bevölkerung grossen Unmut ausgelöst. Befeuert wurden die Proteste durch den gleichzeitigen Beschluss den Armeepfand um 1.1 Milliarden auf fünf Milliarden Franken zu erhöhen. Beide Beschlüsse – die Erhöhung der Militärausgaben wie auch der Kauf neuer Kampfjets – können an der Urne gebodigt werden. Die Chancen stehen nicht schlecht, gibt es doch viele potentielle Sparopfer. Das wohl brisanteste ist der öffentliche Verkehr und damit die Kantone.

Vorzugsweise ein Referendum

Die geschickteste Variante, die Aufrüstung und die Kampfjets zu bodigen, ist ein Referendum. Ein solches ist aufgrund der Aussagen aller vier Bundesrätinnen und der beiden anderen Bundesräte (neben Ueli Maurer) durchaus möglich. Formal gibt es zwei Referendumsmöglichkeiten. Die erste lautet: «Dem Volk wird der Pfand fakultativ unterbreitet. Dafür spricht die Tatsache, dass dieser Pfand Teil eines (allerdings s. i. stierten) Gesetzes zur Verbesserung des Bundeshaushaltes ist. Ohne Erhöhung des Pfandes können die Kampfjets nicht gekauft werden.

Die zweite Variante wäre eine gesetzliche Verankerung der Sparmassnahmen – entweder für den Verpflichtungskredit zugunsten der Kampfjets oder für den Ausgabenpfand. Mehrausgaben von Hunderten von Millionen Franken können laut der Eidgenössischen Finanzverwaltung nicht ohne Gesetzesgrundlage in anderen Bereichen eingespart werden. Ein dadurch ermöglichtes Referendum gegen ein Sparpaket würde sich indirekt gegen die Kampfjets richten. Ein referendumsfähiger Entscheid könnte frühestens im Herbst 2012 vorliegen. Die Chancen, dass er zustande kommt, sind durch die Schwächung der SVP, FDP und

des rechten CVP-Flügels gestiegen. Sicher ist er allerdings nicht.

Ein Referendum gegen die Plafonderhöhung oder gegen Sparmassnahmen würde es erleichtern, die Sparopfer zu sensibilisieren, zu mobilisieren und zu gewinnen. Die Breite des Bündnisses ginge weit über das übliche armee-kritische Milieu hinaus. Die Gewerkschaften wären wegen dem Sozialabbau, der VCS wegen den Angriffen auf den öffentlichen Verkehr, die Umweltorganisationen wegen der in Frage gestellten Energiewende, die Drittweltorganisationen wegen den Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit, die Bauernfamilien wegen den Sparmassnahmen auf Kosten der Landwirtschaft direkt betroffen.

Für die Priorisierung eines Referendums gegenüber einer Initiative sprechen noch weitere Gründe: Es braucht weniger Unterschriften und kein Ständemehr. Es ist leichter, Nein- als Ja-Mehrheiten zu gewinnen. Ein Referendum hat einen stärker finanz- und sparpolitischen Charakter, was angesichts der düsteren Wirtschaftsperspektiven von entscheidender Bedeutung ist.

Und vor allem würde ein Referendum nicht nur die Kampfjets, sondern die Aufrüstung überhaupt in Frage stellen.

Notfalls eine Initiative
Sollten allerdings die Kampfjets Bestandteil des nächsten Rüstungsprogramms 2012 sein, dann kämen wir nicht darum

herum, zwischen Bundesrats- und Parlamentsbeschluss eine Express-Initiative für ein Kampfjetmoratorium zu machen. Ein solches Rüstungsprogramm würde Ende April, anfangs Mai 2012 vorgelegt. Es käme in der zweiten Septemberhälfte vor den Nationalrat und im Dezember vor den Ständerat. Idealerweise würden wir die Volksinitiative in der ersten Septemberhälfte einreichen.

Jetzt geht es darum, maximalen Druck für ein Referendum und gegen ein Kampfjet-Rüstungsprogramm aufzubauen. Und gleichzeitig am Aufbau eines möglichst breiten Bündnisses zu arbeiten.



CLIN D'ŒIL

Der Blick über den Röstigraben

Die aktuelle Ausgabe unserer französischsprachigen Schwesterzeitung beleuchtet diese Themen:

- **Zu den Kampfjets:** Pas d'avions sans votation ! - Une course au réarmement grotesque
- **Zur Wehrpflichtinitiative und dem Traum einer pazifistischen, anti-militaristischen Schweiz :** Tous les chemins mènent à l'abolition
- **Zu den geplanten Mehrausgaben für die Armee:** L'armée à 5,1 milliards et 22 avions : le PDC joue les premiers rôles

Die Zeitung der GSSA kann bestellt werden unter gssa@gssa.ch. Ein Jahresabo kostet 20 Franken.

ENDSPURT BEI DER BEGLAUBIGUNG

Wehrpflicht-Initiative steht kurz vor der Einreichung

In den vergangenen Monaten haben Aktivistinnen und Aktivisten der GSoA unermüdlich Unterschriften für die Aufhebung der Wehrpflicht gesammelt. Noch vor Weihnachten soll die Initiative eingereicht werden.

Von Christina Hug

In den letzten Jahren wurde immer deutlicher erkennbar, dass die Armee in einer tiefen Sinnkrise steckt. Diese Krise äusserte sich unter anderem dadurch, dass das VBS immer absurdere Bedrohungsszenarien entwickelte, um das Festhalten am veralteten Konzept Massenheer zu rechtfertigen. Und weil sich immer mehr junge Männer bewusst gegen den überholten Militärdienst und für den länger dauernden, aber sinnvollen Zivildienst entschieden, geriet auch dieser zunehmend unter Beschuss der Stahlhelm-Fraktion im Bundeshaus. Als Antwort auf diese

rückwärtsgewandte Diskussion beschloss die GSoA-Vollversammlung die Lancierung der Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht!» – gut anderthalb Jahre ist das nun her.

Die Sammelfrist startete am 6. Juli 2010, und sofort machten sich fleissige GSoAtinnen und GSoAten daran, im ganzen Land Unterschriften für unser Anliegen zu sammeln. Viele hundert Stunden, während derer wir für unsere Initiative auf der Strasse standen, sind seither vergangen. Viele befreundete Organisationen unterstützten uns formal und ideell. Die Knochenarbeit des Sammelns aber leisteten wir praktisch im Alleingang. In diesen Tagen werden nun die letzten Unterschriften zur Stimmrechtsbescheinigung an die Gemeinden versendet.

Angesichts der schon fast surreal anmutenden neuen Pläne der bürgerlichen Armeepolitiker – Noch mehr Geld für die Armee! Neue Kampf-



Die GSoA sammelt Unterschriften am Einrückungstag der Winter-RS in der Kaserne Liestal

flugzeuge so schnell wie möglich! – scheint ein Korrektiv von links nötiger denn je. So geniesst unsere Initiative «dank» den Kalten Kriegern in Bern heute eine noch grössere Aktualität als bei der Lancierung. Deshalb macht die GSoA den Stimmberechtigten zu Weihnachten 2011 ein ganz besonderes Geschenk: Die Chance, den alten Zopf der Wehrpflicht endlich abzuschneiden!

Herzlichen Dank an alle, die beim Unterschriftensammeln geholfen haben! Ohne die Hilfe jedes und jeder einzelnen hätten wir diesen Erfolg nicht geschafft!

PS: Damit's auch wirklich klappt mit der Einreichung an Weihnachten: Jetzt noch die letzten Unterschriftenbogen (www.gsoa.ch/bogen) ganz oder teilweise ausgefüllt einsenden an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich

LE CONTRAT CITOYEN

«Vertrag» ohne Zustimmung

Anfang Oktober veröffentlichte die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) ihren Bericht «Le contrat citoyen, ein Dienst für das Gemeinwohl». Dieser sieht eine allgemeine Dienstpflicht für junge Männer vor. Eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst solle möglich werden. Von Franziska Bender

Es ist zu begrüßen, dass mit dem Bericht der EKKJ eine Diskussion über das veraltete Konzept «Wehrpflicht» gestartet wird. Dass die Wehrpflicht aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern lediglich eine Modernisierung angestrebt wird, ist zu bedauern. Zwar ist dem Bericht durchaus positiv anzurechnen, dass er eine freie Wahl zwischen Zivil- und Militärdienst vorsieht und vorschlägt, die Dienstdauer des Zivildienstes dem Militärdienst anzugleichen. Doch in vielen anderen Punkten weist der Bericht erhebliche Mängel auf.

Unverständlich ist etwa, dass die Ungleichberechtigung von Mann und Frau weiterhin bestehen bleiben soll. Begründet wird dies mit der freiwilligen Arbeit, die vor allem Frauen leisten – zum Beispiel im Haushalt oder bei der Kindererziehung. Aber genau dieser Zustand ist es, der verändert werden muss. Ziel darf nicht sein, dass Frauen ihren «Dienst für das Gemeinwohl» unentgeltlich leisten, während Männer zum bezahlten Zivildienst gezwungen werden. Erstrebenswert wäre vielmehr ein System, in dem unabhängig vom Geschlecht ein Zivildienst auf freiwilliger Basis möglich ist. Gleichzeitig muss bei der unbezahlten freiwilligen Arbeit ein Ausgleich zwischen den Geschlechtern stattfinden, sei es im Haushalt, bei der Kindererziehung oder in der Pflege.

Unnötiger Zwang

Der Bericht verharmlost die volkswirtschaftlichen Folgen einer allgemeinen Dienstpflicht.

Wenn die 20'000 Zivildienstleistenden, mit denen zu rechnen wäre, beschäftigt werden müssen, übt das erheblichen Druck auf den Arbeitsmarkt aus. Ein solch hohes Angebot an günstigen Arbeitskräften wird feste Stellen gefährden und die Löhne massiv unter Druck setzen (siehe Artikel unten).

Dass die EKKJ von einem Vertrag zwischen dem Staat und den Bürgern redet, ist eine Farce, schliesslich beruht ein Vertrag auf freiwilliger Übereinstimmung und nicht auf staatlichem Zwang. Ein freiwilliger Zivildienst könnte allen ein sinnvolles Engagement ermöglichen. Dabei soll gleiches Recht für Frau wie Mann unabhängig der Nationalität gelten.

Die Wehrpflicht gilt es nicht zu modernisieren oder für junge attraktiver zu machen. Die Wehrpflicht ist ein völlig veraltetes Konzept, ein staatlicher Zwang zu einem sinnlosen Dienst, und gehört somit aufgehoben. Ein freiwilliger Zivildienst, der zeitlich nicht an den Militärdienst gekoppelt ist, kann und soll für alle möglich sein, aber eine Pflicht ist weder notwendig noch sinnvoll.

ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT

Negative Folgen für Beschäftigte und Arbeitsmarkt

Eine allgemeine Dienstpflicht ist aus gewerkschaftlicher Sicht abzulehnen. Probleme die schon der heutige Zivildienst schafft, würden dadurch massiv verschärft.

Von Felix Birchler

Der Vorschlag der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) klingt zunächst ziemlich fortschrittlich: Jedermann soll die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst haben. Doch die Forderung der EKKJ bedeutet auch, dass weiterhin jeder junge Schweizer Mann zu einem Dienst gezwungen wird. Was ihm bleibt, ist lediglich die Wahl, ob er diesen im Militär oder im Zivildienst leisten will.

Verdrängungskampf auf dem zweiten Arbeitsmarkt

Mit einer allgemeinen Dienstpflicht im Sinne der EKKJ (siehe Artikel oben) würde die Anzahl Zivildienstleistender massiv ansteigen. Da diese zur Dienstleistung verpflichtet sind, ist klar, dass

früher oder später auch ausreichend Einsatzangebote zur Verfügung stehen müssen. Ob diese Angebote nun aus privater Initiative entstehen oder direkt durch den Bund geschaffen werden, spielt letztlich keine Rolle. Entscheidend ist, dass es sich bei einer Grosszahl dieser Stellen um einfache Hilfsarbeiten handelt. Denn die Ausbildungs- und Einarbeitungszeit für einen Zivildiensteinsatz von einigen Wochen oder höchstens ein paar Monaten kann von Natur aus nur sehr kurz sein. Die Zivildienstleistenden werden somit von Staates wegen in den zweiten Arbeitsmarkt gedrängt, der eigentlich dazu gedacht ist, Leuten eine Chance zum Wiedereinstieg in die Arbeitswelt zu bieten (beispielsweise nach längere Arbeitslosigkeit oder Krankheit). Somit werden diese Wiedereingliederungsstellen von Leuten besetzt, die gar nicht wiedereingegliedert werden müssen. Ein arbeitsmarktpolitischer Unsinn.

Viele der Zivildienstangebote betreffen Jobbereiche im Tieflohnsektor (zum Beispiel Kü-

chenhilfe, Mitarbeit im Brockenhaus). Steigt die Anzahl der Zivis, so ist anzunehmen, dass ordentliche Stellen in diesen Bereichen abgebaut und durch Zivistellen ersetzt werden. Schlecht ausgebildete Menschen werden dadurch in die Arbeitslosigkeit getrieben, aus der sie nur schwer wieder rauskommen. Zudem üben die Zivis als Gratisarbeitskräfte auch einen negativen Lohndruck in diesen Branchen aus. Warum soll man einem Küchengehilfen 20 Franken in der Stunde bezahlen, wenn man doch viel billiger einen Zivi anstellen könnte?

Gefahren im Gesundheitsbereich

Eine weitere Branche, die durch die Aufblähung des Zivildienstes unter Druck kommen würde, ist die Pflege. Gerade im Zeitalter von klammen staatlichen Kassen erliegen auch Spitäler und Altersheime der Versuchung, die anstehende Arbeit mit einem Maximum an Zivis zu erledigen. Wenn immer mehr Zivildienstleistende die Aufgaben des Pflegepersonals erledigen, führt

das unweigerlich zu einer Abwertung des Berufes und der Ausbildung. Diese fatale Entwicklung hat Deutschland bereits hinter sich. Dass immer mehr ausgebildete PflegerInnen aus Deutschland in die Schweiz kommen, ist nur ein Anzeichen dafür, wie weit die Entwertung des Pflegeberufes dort schon fortgeschritten ist. Eine allgemeine Dienstpflicht würde – im Gegensatz zum freiwilligen Zivildienst – dazu führen, dass auch unmotivierte junge Männer Zivildienst leisten. Dass solche Personen den Arbeitsalltag des Pflegepersonals noch weiter belasten würden, wäre eine weitere Zumutung für die regulären Angestellten.

Die Kampfjet-Sparopfer

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament will neue Kampfjets kaufen. Alleine die Beschaffungskosten werden um die fünf Milliarden (5'000'000'000) Franken betragen – selbst wenn die Hersteller noch einen Wechselkursrabatt gewähren. Zusätzlich haben die Räte entschieden, das Armeebudget um satte 1.1 Milliarden (1'100'000'000) Franken auf fünf Milliarden zu erhöhen. Warum diese Lust auf zusätzliche Ausgaben? Erklärbar wird das erst, wenn man sieht, wie eng die rechten Parteien mit dem Netzwerk der Rüstungslobby verhandelt sind.

Noch sind die Beschlüsse jedoch noch nicht unter Dach und Fach. Zuerst muss das Parlament noch entscheiden, wo das Geld für das aufgestockte Militärbudget und die Kampfjets herkommen soll. Es ist klar, dass beim öffentlichen Verkehr und beim Strassenbau, bei der Bildung, im Gesundheitswesen, bei den erneuerbaren Energien, bei der Landwirtschaft und bei der Entwicklungszusammenarbeit gespart werden müsste. Die GSoA hat sich bei verschiedenen Sparopfern schon mal umgehört, was sie zu den Kampfjet-Plänen meinen.



Werner Graber, Lokführer SBB Personenverkehr

Die Ausgaben für den ÖV werden immer weiter gekürzt und Effizienzsteigerungen verlangt. Investitionen in den Unterhalt der Trassen und in die Sicherheit werden auf spätere Jahre verschoben. Was das für Folgen hat, haben wir in Olten gesehen. Investieren wir die fünf Milliarden in den ÖV statt in Kampfjets, so haben wir auch in der Zukunft eine sichere und leistungsfähige Bahn.



Kathy Hänni, Biobäuerin Die Milliarden für Kampfjets bedrohen auch das Agrarbudget. Die angebliche Sicherung der Lufthoheit bezahlen wir mit dem Verlust an Bodenhoheit. Dabei wäre es so wichtig, mehr Geld zu haben: Um in der Schweiz Saatgut zu züchten, das gute Erträge ohne Kunstdünger liefert; oder um jungen Leuten, die keinen Hof erben, den Einstieg in die Landwirtschaft zu ermöglichen.



Cécile Bühlmann, Geschäftsführerin cfd – die feministische Friedensorganisation Weltweit wird immer mehr für militärische Aufrüstung ausgegeben. Gleichzeitig tut sich die internationale Gemeinschaft schwer, die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Die Schweiz darf hier nicht mitziehen: Die Welt braucht keine neuen Schweizer Kampfflugzeuge, sondern Schweizer Engagement in der Entwicklungs- und Friedenspolitik.



Carmen Dietiker, diplomierte Pflegefachfrau HF Höfa 1 Der enorme Spardruck im Gesundheitswesen führt dazu, dass die gesamtheitliche Pflege am Patienten verloren geht. Wir brauchen ein faires, sicheres und starkes Gesundheitswesen und sicher nicht 22 neue Kampfflugzeuge.



Lena Reusser, Pendlerin Seit ich 16 bin, benutze ich fast täglich den öffentlichen Verkehr. Ich bin nicht bereit, immer mehr für mein Generalabonnement zu bezahlen, nur weil der Staat das Geld für neue Kampfflugzeuge verschleudern will. Auf den ÖV sind wir alle angewiesen, Kampfjets nützen bloss der Rüstungslobby!



Peider Felli, Trampilot Volle Trams und volle Züge – mit Kampfjets (die ja bloss zwei Sitze haben) lassen sich die kommenden Herausforderungen im öffentlichen Verkehr schlecht lösen.



Mirjam Bayer, Lehrerin Oft höre ich Stimmen, die sich über Jugendgewalt ärgern. Gleichzeitig wird massenhaft Geld für Kriegsmaterial ausgegeben. Wie soll ich so meiner Klasse denn beibringen, dass ein friedlicher Umgang wichtig ist?



Andreas Edelmann, Energieberater für Immobilien Es macht keinen Sinn, dass die Schweiz Milliarden ausgibt, um sich für die Bedrohungen des vergangenen Jahrhunderts zu rüsten. Stattdessen sollte sie ihre Ressourcen besser investieren, um den Herausforderungen der Zukunft – Energieknappheit und Klimawandel – entgegenzutreten.



Jacques de Haller, Arzt Wegen des Kaufs der Kampfjets sind auch im Gesundheitswesen Einsparungen programmiert: Das bedeutet Leistungsabbau, den unsere Patienten zu spüren bekommen werden und eine höhere Belastung des Personals. Das darf nicht sein!



Clau Dermont, Student Wenn der Staat in Kampfjets statt in Bildung investiert, schaden wir damit unserer Zukunft und unseren Jugendlichen. Sparen in der Bildung führt zu einem Abbau der Qualität und Innovation und schwächt die Gesellschaft. Lieber Bücher statt Bomben!



Samuel Spahn, Landwirt mit Meisterdiplom Ich bin gegen neue Kampfflugzeuge, weil das Geld dafür an anderen Orten weggespart werden muss. Es wird in der Bildung, der Landwirtschaft und für die Energiewende nötiger gebraucht.



Pascal Kübli, Kindergärtner Das Projekt Basisstufe ist pädagogisch sehr wertvoll und erleichtert den Kindern den Übergang vom Kindergarten in die Schule. Nach und nach werden solche Projekte aber aufgrund des Spardrucks bedrängt. Wir brauchen keine neuen Kampfjets, wir brauchen mehr Geld in der Bildung, für das Wohl unserer Kinder.



Marcel Ruchti, Initiant, Gründer und Präsident von Ecogie, Genossenschaft für die aktive Energiewende Anstatt in neue Kampfjets könnte das Geld sinnvoll in Infrastruktur für die Energiewende – wie zum Beispiel Solarkraftwerke – investiert werden.

Was man mit all dem Geld sonst noch machen könnte...



Mit dem Geld der geplanten Erhöhung des Militärbudgets könnte man sämtliche Generalabos in der Schweiz um 2586 CHF vergünstigen – also quasi gratis machen. Das Geld, das die neuen Kampfflugzeuge kosten, würde reichen, um während einem Jahr den öffentlichen Verkehr in der Schweiz kostenlos machen.

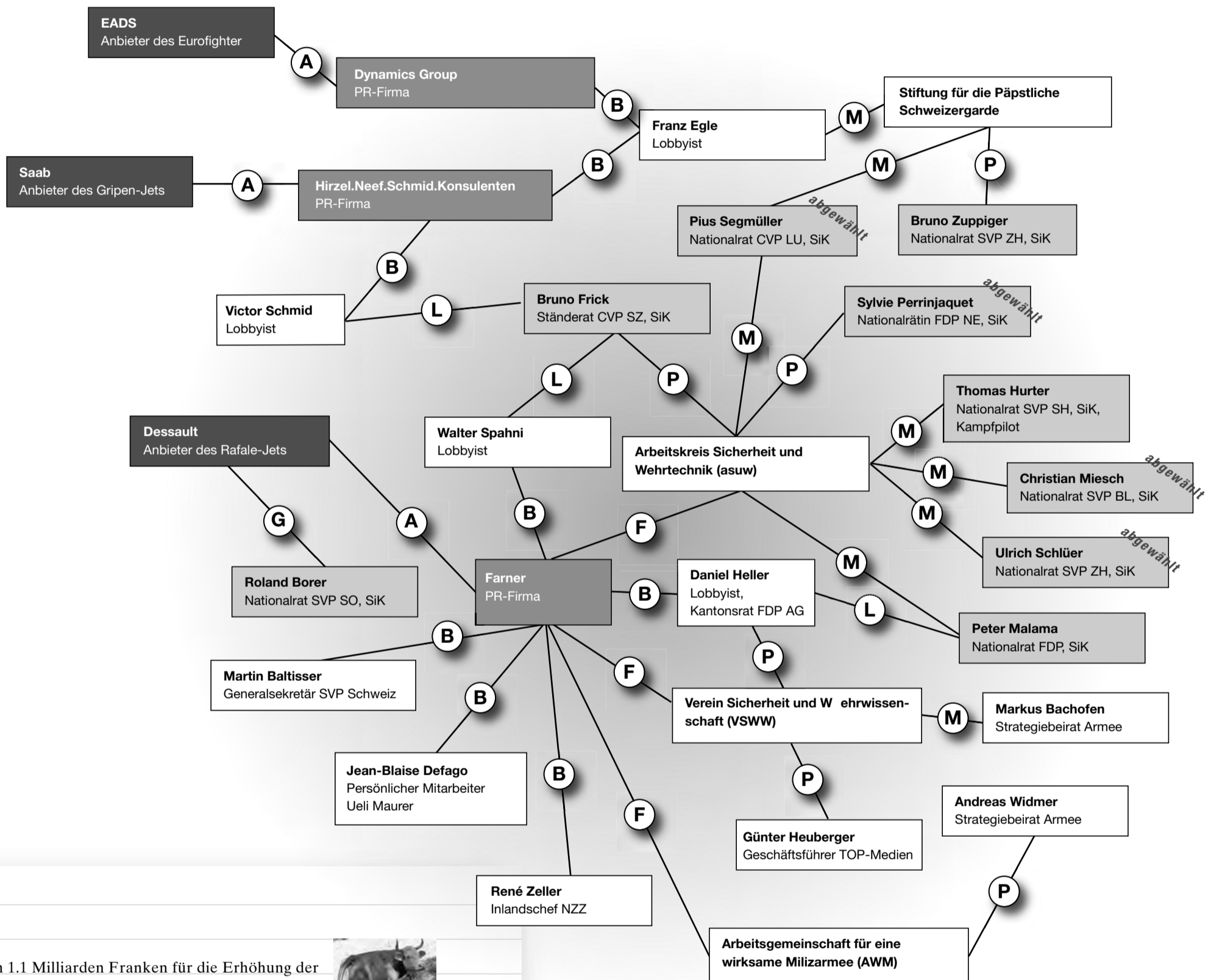
Mit dem Betrag, der für neue Kampfjets ausgegeben werden soll, könnte man während einem Jahr jeder Person in der Schweiz eine Tasse Kaffee pro Tag spendieren.



Für die Armeebudgeterhöhung von 1100 Millionen liessen sich jedes Jahr zwei Milliarden Notmahlzeiten oder 100 Milliarden Chlortabletten zur Wasseraufbereitung für die Ärmsten der Welt finanzieren.

Das Netzwerk der Rüstungslobbyisten

Gross sind die Geldbeträge, um die es beim Kauf von Rüstungsgütern geht. Die Herstellerfirmen investieren Millionen ins Lobbying. Welche Beträge im Hintergrund auf verschlungenen Wegen fliessen, weiss niemand. Keine Kampfjetbeschaffung ohne Korruptionsverdacht. Wir geben hier einen kurzen Überblick über die Verstrickungen von PR-Büros, Politik und Medien.



Mit den 1.1 Milliarden Franken für die Erhöhung der Militärausgaben liessen sich Direktzahlungen für rund 770'000 Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche finanzieren - das ist die fünffache Fläche des Kantons Aargau. Mit den fünf Milliarden für die neuen Kampfjets könnte man mehr als 130'000 Biobauernhöfe während eines Jahres subventionieren.



Würde man fünf Milliarden Franken in Photovoltaikanlagen anstatt in Kampfjets investieren, könnte man so viel Leistung installieren, dass man das AKW Mühleberg abschalten könnte. Wenn man den Preis der Kampfjets in 25 Offshore-Windenergieanlagen investieren würde, könnte man Beznau I und II ersetzen. Die Investitionen in solche Anlagen würden jedes Jahr Geld einbringen. Investitionen in Kampfjets verursachen jedes Jahr zusätzliche Kosten für Wartung und Unterhalt im dreistelligen Millionenbereich.



Wenn man mit dem Geld für die Militärbudgetaufstockung neue Stellen für KindergärtnerInnen schaffen würde, liesse sich die durchschnittliche Klassengrösse in Schweizer Kindergärten von 18 auf 10 senken. Oder man könnte damit 90'000 KITA-Plätze finanzieren.



- A: Auftrag des Kampfjetanbieters an PR-Firma
- L: Politiker hat dem Lobbyisten einen seiner zwei ständigen Bundeshaus-Gästepässe vermacht.
- G: Hartnäckige Gerüchte über intensive Zusammenarbeit
- B: Aktueller oder ehemaliger Mitarbeiter
- M: Mitglied
- P: PräsidentIn und Geschäftsführer
- F: Frontorganisation von Farner PR
- SiK: Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission

«CYBERWAR»

Mit Gewehren auf Computer schiessen

Wenn Armeebefürworter die aktuelle Bedrohungslage analysieren, taucht der Begriff «Cyberwar» in regelmässigen Abständen auf. Armee-Chef André Blattmann hält «Cyberwar» gar für die aktuell gefährlichste Bedrohung für die Schweiz. Was steckt hinter diesem Begriff und was wird damit bezweckt?

Von Martin Parpan

Unter «Cyberwar» wird generell die kriegerische Auseinandersetzung mit Mitteln verstanden, die vorwiegend aus dem Bereich der Informationstechnik kommen. Allerdings gibt es keine einheitliche Auffassung, was «Cyberwar» tatsächlich ist. Sabotage, Spionage und Überwachung sind Aktivitäten, die es in schon im Kalten Krieg gab. Ob nun von «Cyberwar» gesprochen werden kann, wenn dasselbe mit Hilfe von digitalen Hilfsmitteln erfolgt, ist weitgehend Definitionsache. Klar scheint einzig, dass «Cyberwar» ein Mittel ist, das hochtechnisierte Staaten und Or-

ganisationen einsetzen können, um Gegnern Schaden zuzufügen. Trotz dieser unklaren Grundlage fällt auf, dass Armeebefürworter neuerdings gerne den Begriff «Cyberwar» verwenden, um für die Daseinsberechtigung der Schweizer Armee zu argumentieren. Jüngstes Beispiel ist eine kürzlich im Schweizer Fernsehen ausgestrahlte Diskussionsendung zum Thema Wehrpflicht. Gemäss Waffenlobbyist und «Pro Tell»-Vorstandsmitglied Hermann Suter droht uns ein asymmetrischer Krieg gegen Terroristen und Seuchen sowie ein «Cyberwar», der eine starke Armee bedinge.

Gefühl der Ohnmacht

Es stellt sich nun die Frage, weshalb Armeebefürworter den Begriff «Cyberwar» so gerne benutzen. Die Antwort ist relativ einfach: Das Bild von einem Gegner, der unsichtbar darauf hinarbeitet, in unser System einzudringen und mit einem Schlag eine Katastrophe auszulösen, wirkt auf gewisse Bevölkerungsschichten ver-

ständiglicherweise bedrohlich. Es entsteht ein Gefühl der Ohnmacht, das die Armeebefürworter auszunutzen hoffen. Sie versuchen mit dem Begriff «Cyberwar» bei der Bevölkerung jene Reflexe auszulösen, die eine hochgerüstete Armee als Schutzmacht fordern.

Hilflose Argumentation

Die «Cyberwar-Diskussion» ist allerdings ein erneuter Beweis dafür, wie hilflos die Armeespitze argumentiert, wenn es darum geht, ihre Legitimation zu rechtfertigen. Es müsste nämlich auch dem feurigsten Armeebefürworter klar sein, dass ein Massenheer gegen die potentielle Bedrohung «Cyberwar» total unbrauchbar ist. Um Angreifer abzuwehren, die mit Bits und Bytes kämpfen, braucht es bei Unternehmen, bei Infrastrukturdienstleistern und zivilen Behörden ausgebildete SpezialistInnen, die über das entsprechende technische Know-how verfügen. Dieses Wissen muss über zivile Organisationen bereitgestellt werden. WK-Soldaten,

Panzer und Handgranaten haben in dieser Diskussion rein gar nichts zu suchen.

In der angesprochenen Diskussionsendung erläuterte Juso-Präsident David Roth das treffende Gegenargument zur virtuellen «Cyber-Bedrohung» bereits. Er stellte den Armeebefürwortern die Frage, ob die Soldaten mit ihren Gewehren etwa auf verdächtige Computer schiessen sollen. Dem bleibt wohl nichts hinzuzufügen.



MacBook mit Einschusslöchern. Ob sich der Generalstab «Cyberwarfare» so vorstellt?

STREUMUNITION

Die Schweiz als Schurkenstaat?

Die Schweiz solle das weltweite Übereinkommen über ein Verbot von Streumunition nicht ratifizieren. Das schlägt die zuständige Kommission dem Nationalrat vor. Ob das neugewählte Parlament diesen Entscheid korrigieren wird, ist offen.

Von Tom Cassee

Streubomben sind besonders grausame Waffen. Sie verstümmeln Kinder, weil sie mit den Blindgängern spielen. Sie zerfetzen Körper auf einer Fläche, die so gross ist wie Dutzende Fussballfelder. Und weltweit sind 98 Prozent aller Opfer Zivilisten. Doch für den abgewählten Nationalrat Ulrich Schlüer sind Streubomben eine «hocheffiziente Verteidigungsmunition». Und er erklärt, wie er sich eine solche Vertei-

gung vorstellt: «Mit einer einzigen Streubombe vom Gotthard aus lässt sich die ganze Leventina unpassierbar machen». Die Konsequenz wäre, dass danach die Region auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr bewohnbar wäre. Das scheint den reaktionären Politiker aus Flaach jedoch nicht zu kümmern.

SVP, CVP & FDP auf Schurkenstaatlinie

Mit der Ablehnung der Streubomben-Konvention würde sich die Schweiz in eine Liga mit Staaten wie Nordkorea, Burma oder Syrien begeben. Diese Länder lehnen die Konvention mit denselben Argumenten ab wie die Politiker von SVP, CVP und FDP. In der Sicherheitspolitischen Kommission stimmten sie zusammen mit Schlüer gegen ein Verbot. Nach der Kom-

mission kommt das Geschäft nun in den Nationalrat. Ob das neu gewählte Parlament diesen Entscheid der Kommission korrigieren wird, ist offen. Hoffnung besteht aber. Denn gleich vier bürgerliche SicherheitspolitikerInnen, die in der Kommission gegen ein Verbot stimmten, wählte das Volk ab: Ulrich Schlüer (SVP), Pius Segmüller (CVP), Sylvie Perrinjaquet (FDP) und Christian Miesch (SVP). Die Stimmbürger scheinen deren Einsatz für besonders grausame Waffen bei den Wahlen nicht als Pluspunkt betrachtet zu haben. Zurecht, denn ein Verbot von Streubomben ist äusserst wichtig. Die Schweiz kann andere Staaten von ihren humanitären Idealen nur überzeugen, wenn sie selbst auch bereit ist, auf diese barbarische Waffe zu verzichten.



SP SCHWEIZ

Neues Interesse an der Armeepolitik

Mit viel Engagement hat sich die SP in der Diskussion um die neuen Kampfjets ausgezeichnet. Innerparteilich besteht jedoch noch einiger Klärungsbedarf.

Von Felix Birchler*

Nicht immer bestimmen diejenigen Themen den Wahlkampf, welche sich die Parteien dafür zurechtgelegt haben. Jüngstes Beispiel war der Parlamentsbeschluss zur Beschaffung neuer Kampfjets und zur Erhöhung des Armeebudgets auf fünf Milliarden Franken. Zusammen mit dem denkwürdigen Entscheid des Parteitag vom letzten Herbst zur Armeeausschaffung, hat der bürgerliche Rüstungswahn innerhalb der SP zu einem rapide wachsenden Interesse an Armeethemen geführt.

«Kinderkrippen statt Kampfjets»

Sehr positiv zu werten ist, wie die SP unmittelbar nach dem Parlamentsentscheid das Kampfjetthema aufgegriffen und die Empörung vieler

BürgerInnen aufgenommen hat. Neben der Tatsache, dass neue Kampfjets sicherheits- und finanzpolitisch absurd sind, protestierte die SP auch geschickt dagegen, dass das bürgerlich dominierte Parlament die Fliegerpartout ohne Volksentscheid beschaffen will. Innert weniger Tage sind so über zehntausend Unterschriften für eine Petition zustande gekommen, die eine Abstimmung über die Kampfjetfrage verlangt. Zusammen mit der GSoA hat die SP bereits angekündigt, dass sie alle Register ziehen wird, um einen Volksentscheid herbeizuführen. Ungewöhnlich auch, dass die SP wenige Wochen vor den diesjährigen Wahlen dem Kampfjetthema ein solches Gewicht zusprach und eine Inseratekampagne unter dem Titel «Kinderkrippen statt Kampfjets» lancierte.

Armeeausschaffer?

Ebenso ärgerlich wie aufschlussreich waren in diesem Zusammenhang jedoch die Äusserungen von SP-ParlamentarierInnen, dass sich die

SP nicht in die Ecke der Armeeausschaffer dränge lasse. Mit Verlaub, aber genau das ist die Position der SP seit dem Entscheid des Parteitages von Lausanne. Auf Antrag der SP Stadt St.Gallen hat die Parteibasis den unmissverständlichen Grundsatz «Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein» ins Parteiprogramm aufgenommen. Dass sich nun Parteipolitiker davon distanzieren, ist die eine Sache. Viel gravierender ist allerdings, dass der von den Delegierten angenommene Antrag nur verstümmelt und abgeändert ins Parteiprogramm übernommen wurde. Beispielsweise wurde die folgende Textpassage trotz Parteitagbeschluss nicht ins Programm geschrieben: «Die SP steht ein für eine antimilitaristische Friedens- und Sicherheitspolitik.» Auch die Abschaffung der Armee soll plötzlich an die Bedingung geknüpft werden, dass zunächst ein internationales System der kollektiven Sicherheit etabliert wird. Aus parteidemokratischer Sicht ist es ein Skandal, dass bei der Schlussredaktion des Partei-

programmes nicht der vom Parteitag beschlossene Antrag der SP Stadt St.Gallen zur Armeepolitik übernommen wurde, sondern irgendeine «unsichtbare Hand» ihre eigene Vorstellung von Armeepolitik ins Programm schrieb. Umso begrüssenswerter ist es, dass im Frühling noch einmal ein SP-Parteitag über das Programm diskutieren soll. So bietet sich der Parteibasis nochmals die Gelegenheit zu bekräftigen, dass es ihr ernst ist mit der Armeeausschaffung.

*Als damaliger Co-Präsident der SP Stadt St.Gallen ist Felix Birchler einer der Autoren des vom Parteitag genehmigten Antrages zur Armeeausschaffung.

SÖLDNERWESEN

Darf Aegis Defence doch bleiben?

Ende 2011 werden die USA ihre letzten Truppen aus dem Irak abziehen. Zurück bleiben nicht nur eine zerrüttete Gesellschaft, sondern auch Tausende von Söldnern. Währenddessen sträuben sich die Schweizer Behörden, das Geschäft mit Privatarmeen sinnvoll zu reglementieren.

Von Andreas Weibel

Im Dezember werden die Vereinigten Staaten ihr letztes Armeekontingent aus dem Irak abziehen. Die militärische Präsenz der USA im

Irak ist jedoch nicht zu Ende. In vielen Bereichen werden die regulären US-Truppen nun gänzlich durch private Firmen ersetzt. Von den Amerikanern bezahlte Militärunternehmen werden nun beispielsweise die Ausbildung der irakischen Armee oder die Bewachung der «Grünen Zone» in Bagdad übernehmen.

Ein Milliarden-Markt

Der Markt für private Kriegsdienstleistungen betrug im Jahr 2010 bereits 202 Milliarden Dollar. Die Armeen lagern in Afghanistan und im

Irak nicht nur Bewachungsaufgaben, ihre Logistik und den Unterhalt von Waffensystemen an Private aus. Mittlerweile betreiben Söldnerunternehmen ganze Militärflughäfen, führen im Auftrag von Staaten psychologische Kriegsführungsoperationen durch und übernehmen Aufklärungs- und Geheimdienstaufgaben. Die niederländische Armee beispielsweise hat den Betrieb ihrer Drohnen in Afghanistan an eine israelische Firma ausgelagert, die für den Generalstab gleich auch laufend Lageanalysen bereitstellt.

Seit die britische Firma Aegis Defence Services ihren Holdingsitz nach Basel verlegt hat, sind private Militärfirmen auch in der Schweiz zum Thema geworden. Die Schweizerische Gesetzgebung fordert eine ganze Reihe von Bewilligungen, um einen Glacé-Stand zu betreiben – wer eine Privatarmee unterhält, muss dies den Behörden derzeit hingegen nicht einmal melden. Mehrere parlamentarische Vorstösse sowie eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt forderten den Bundesrat im vergangenen Jahr

auf, diesen absurden Missstand zu beheben, und die Tätigkeiten solcher Unternehmen zu reglementieren oder ganz zu unterbinden.

Untauglicher Gesetzesvorschlag

Die Landesregierung hat nun einen Vorschlag für ein neues Gesetz über private Sicherheitsfirmen in die Vernehmlassung geschickt. Darin wird ein Meldeverfahren für Militärfirmen vorgeschlagen. Ausserdem soll «die direkte Teilnahme an Kampfhandlungen» verboten werden. Da jedoch kaum ein Unternehmen sich offen damit brüstet, an offensiver Kriegsführung beteiligt zu sein, wird diese Regelung keine konkreten Folgen für Aegis und Konsorten in der Schweiz haben. Übergriffe von Firmen wie Aegis oder Blackwater auf Zivilpersonen sorgen für weltweite Empörung. Offiziell waren die Unternehmen aber auch in diesen Fällen bloss mit «defensiven Personen- und Objektschutzaufgaben» betraut.

Die GSoA wird darauf hinwirken, dass der Gesetzesvorschlag noch griffiger formuliert wird. Alles andere wäre eine Schmach für die humanitäre Tradition und die Neutralität der Schweiz.

GSoA International

(aw) Die GSoA setzt sich nicht nur in der Schweiz für eine friedlichere, zivilere Welt ein. Im Rahmen des European Network Against Arms Trade (ENAAAT) und der War Resisters' International (WRI) engagiert sie sich auch auf internationaler Ebene gegen Militarismus und das Geschäft mit dem Krieg.

Anfangs Oktober trafen sich rund fünfzig AktivistInnen aus 17 Ländern zu einem gemeinsamen Treffen von ENAAAT und WRI in Barcelona. Diskutiert wurde beispielsweise der zunehmende Einsatz von Söldnerfirmen in den vergangenen zehn Jahren (siehe Artikel oben) und die Auswirkungen der immer intensiveren Kriegsführung mit unbemannten Drohnen. Ein weiteres kontrovers diskutiertes Thema waren die verschiedenen Kampagnenstrategien zum Arms Trade Treaty. Dieser Uno-Vertrag wird die erste internationale Regulierung des globalen Waffenhandels sein. Ob er griffig formuliert wird, werden die Staaten im nächsten Sommer in New York bestimmen.

Nicht nur die Rüstungsindustrie ist global, sondern auch der Widerstand gegen die Kriegsprofiteure. Wir sind Teil der weltweiten Waffenvernichtungsmassen.

KRIEGSMATERIAL FÜR NAHOST

Schweizer Waffen ins Pulverfass

Kriegsmaterial aus der Schweiz taucht in jeder Konfliktregion auf. Ungeachtet aller Versprechen des Bundesrates werden Staaten beliefert, welche die Menschenrechte schwerwiegend verletzen. Fehlende Kontrollen machen die bundesrätlichen Versprechen zur Farce.

Von Adi Feller

Die libyschen Rebellen verwendeten 7.62mm-Munition der bundeseigenen RUAG, der grössten Waffenschmiede der Schweiz. Die Bilder der Munitionskisten gelangten nur dank Zufall in die Schweiz. Welches Schweizer Kriegsmaterial in den Arsenalen Gadhafis schlummert, wird sich eventuell noch zeigen. Die Rebellen erhielten die Munition via Katar, das die Aufständischen offiziell militärisch unterstützt. Das Problem für die Eidgenossenschaft ist auch ein juristisches: Die Schweiz lieferte die Munition, die schlussendlich in Libyen landete, mit der vertraglichen Verpflichtung an Katar, dass das Material nicht weiterexportiert werden dürfe (mit einem sogenannten End-User-Agreement). Katar focht um das Exportverbot und verletzte bewusst die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Schweiz.

Nun versucht sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in Schadensbegrenzung stornierte die Bewilligung für die letzte, kleine Tranche einer Lieferung von Laserzielgeräten nach Katar und sandte zur Untersuchung der Lieferungen an die libyschen Rebellen ein Team in den Golfstaat. Ein bisher einmaliger Vorgang, denn kontrolliert wird normalerweise nicht.

Peinlich für die Schweizer Behörden, dass schon wieder Schweizer Kriegsmaterial in einem

Kriegsgebiet auftaucht. Immerhin ist es erst wenig Monate her, seit die Demokratiebewegung in Bahrain mit Piranha-Radschützenpanzern «Made in Thurgau» niedergewalzt wurde. Im Frühling wurden mehrere Menschen bei friedlichen Demonstrationen gegen die Regierung erschossen. Und erst vor wenigen Wochen wurden Ärzte, die verletzte Demonstranten medizinisch versorgten, dafür zu drakonischen Haftstrafen von fünf bis zehn Jahren verurteilt. Damit nicht genug: Noch in diesem Sommer lieferte die Schweiz Kriegsmaterial nach Bahrain.

Keine Kontrolle ohne Kontrollen

Bereits im Jahr 2005 tauchten Schweizer Panzerhaubitzen des Typs M-109, die mit einem ebensolchen End-User-Agreement an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) geliefert worden waren, in Marokko auf. Es folgten parlamentarische Vorstösse und ein Untersuchungsbericht. Der Bund gelobte Besserung. Während einiger weniger Monate verhängte das Seco damals ein Exportverbot von Kriegsmaterial über die VAE. Doch schon bald exportierten die Schweizer Rüstungskonzerne wieder Waffen in den Golfstaat. Gelernt haben die Schweizer Behörden nichts. Sie vertrauen weiterhin auf die End-User-Zertifikate, ohne wirksame Kontrollen durchzuführen. Die Kontrollarbeit bleibt den engagierten BürgerInnen, JournalistInnen und NGOs überlassen. Von Transparenz keine Spur.

Wäre die Schweizer Politik wirklich daran interessiert, dass mit Schweizer Kriegsmaterial keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden oder dass keine Schweizer Waffen in Konflikten eingesetzt werden, müsste sie im Minimum restriktive Nachkontrollen über den

Verbleib und die Verwendung von exportiertem Kriegsmaterial durchführen. Doch die mächtige Rüstungslobby weiss dies zu verhindern, denn solche Auflagen würden die Exporte erschweren. Immerhin gehören die Staaten des Nahen Ostens zu den wichtigsten Abnehmern von Schweizer Waffen. Da will man sich das Geschäft nicht vermiesen lassen. Im Jahre 2011 werden die VAE (genau: das Land, das gerade

noch die Verträge mit der Schweiz gebrochen hat) der grösste Importeur von Schweizer Kriegsmaterial sein. Schweizer Konzerne lieferten dieses Jahr bisher Kriegsmaterial für über 150 Millionen Franken an das Land. Die Lieferungen gehen weiter.

Klar ist nur: Jegliches Kriegsmaterial, das die Schweiz verlässt, befindet sich nicht mehr unter unserer Kontrolle. Wenn wir wirklich sicher sein wollen, dass es nicht eingesetzt wird, darf es die Schweiz nicht verlassen. Deshalb setzt die GSoA sich für ein Exportverbot ein.

Während die arabische Jugend auf der Strasse Freiheit und Demokratie erkämpft, liefert die Schweiz den despotischen Regimes Waffen.



Der Kampfjet-Button – jetzt bestellen!

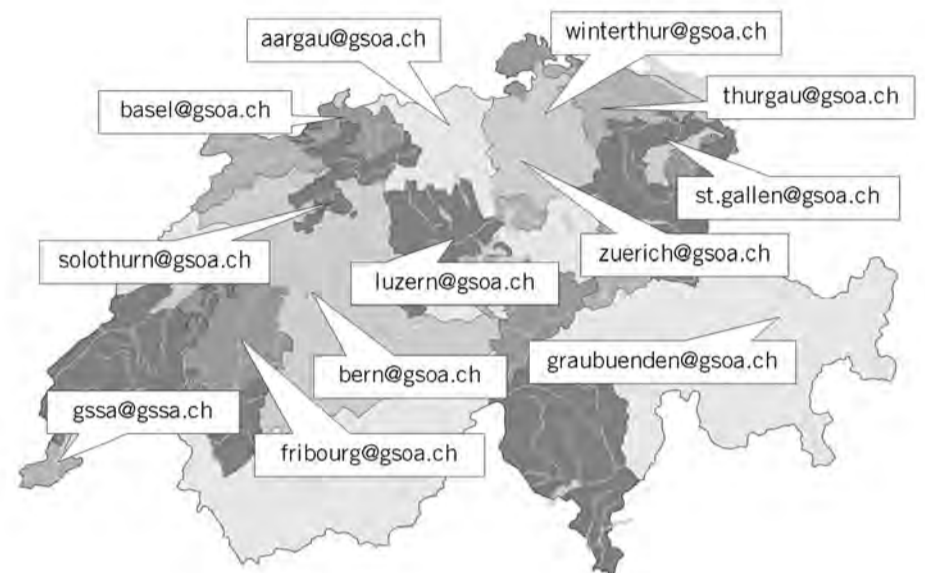
Im Moment ist nicht klar, ob wir in den kommenden Monaten Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative gegen die neuen Kampfjets sammeln müssen – der ob das Parlament doch noch zur Vernunft kommt und die Beschaffung abbläst. In der Zwischenzeit gibt es bereits eine Möglichkeit, wie Du Deine eigenen Unmut über die Kaufpläne zeigen kannst: Der neue Kampfjet-Anstecker ist da!

Die erste Serie war innert Tagen bereits vergriffen, nun ist der Button aber wieder erhältlich. Bestelle Dein Exemplar auf www.gsoa.ch/button



Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Im Moment sammeln wir Unterschriften für die Wehrpflichtinitiative. Und ein Referendum oder eine Initiative zu den Kampfjets hängt in der Luft. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch im Internet: www.youtube.com/user/GregorsGunTV

Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Im Februar wurde über die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» abgestimmt, die Unterschriftensammlung für die Aufhebung der Wehrpflicht ist in vollem Gange und auch die Kampfjets werden uns noch viel Arbeit bereiten. Um die Kosten zu decken, die aus diesen Kampagnen entstehen, sind wir auf Deine Spende angewiesen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei.

Herzlichen Dank!

GREGOR,
das glückliche Gewehr



GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ/Wohnort _____

Tel./E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kampfjet-Button		kostenlos	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.–	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.–	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.–	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
Ich werde GSoA-Mitglied <input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.– <input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.–				
Spende <input type="checkbox"/> Fr. 50.– <input type="checkbox"/> Fr. 20.– <input type="checkbox"/> Fr. 10.–				
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw, verantwortlich), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)
Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich
Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.– / Nichtverdienende Fr. 50.–
 Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– / 10.– PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.